

Interpretationen der Wirklichkeit

BRIGITTE UNGER

Die Komplexität wirtschaftlicher Zusammenhänge ist gestiegen. Deswegen vertraut man auf Experten, die diese Komplexität entwirren sollen. Anhand vermeintlich nüchternen Zahlen soll festgestellt werden, ob ein Problem besteht, wie groß dieses Problem ist und wie es gelöst werden soll. Wissenschaftliche Gutachten sollen Handlungsanleitungen für die Politik erstellen. Vielfach unterschätzt aber wird: Die Experten vertreten auch politische Standpunkte. Hinter den „nüchternen Zahlen“ stehen politische Statements, egal, welche Zahlen herangezogen werden.

Die Möglichkeiten, Daten zu erheben, sie zu speichern und auszuwerten, haben sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert. Noch nie standen der Wissenschaft so viele Daten auf Abruf zur Verfügung. Ich möchte an drei Beispielen zeigen, dass wir heute, trotz oder eben wegen dieser Fülle an Daten, mit immer mehr Zahlenmaterial in den Medien konfrontiert werden, ohne dass es gelingt, die Komplexität wirtschaftlicher Zusammenhänge zu entwirren. Im Gegenteil: Wir werden aufgrund der Datenfülle zunehmend verwirrt. Denn die politischen Standpunkte, die Interpretationen der Wirklichkeit, die hinter den nüchternen Zahlen stehen, werden *nicht* kommuniziert. Und so wundern wir uns über immer extremer werdende Zahlenunterschiede und deren Deutung.

Beispiel 1: Die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland nach der Finanzkrise wird von Experten zwischen 6 % und 60 % ausgewiesen – eine beachtliche Spannweite. Aber auch andere Werte dazwischen – wie 20 % und 30 % – tauchen in der Debatte auf. Man bekommt den Eindruck, dass man eine beliebige Zahl zwischen null und hundert wählen kann, wenn man die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland beschreiben und messen will.

Beispiel 2: Die Europäische Union (EU) veröffentlicht Statistiken, wonach Irland sein bail-out-Programm nach der Finanzkrise erfolgreich absolviert hat und alle Bevölkerungsteile gleichermaßen zur Sanierung beigetragen haben. Jedoch: Eine Studie von Paul Donovan, Ökonom bei der Schweizer Bank UBS, zeigte im Oktober

2013 genau das Gegenteil.¹ Danach erlitten die untersten 10 % der Einkommensbezieher Einkommenseinbußen von fast 30 %, während das oberste Dezil lediglich 18 % Einkommensverluste verzeichnete. D. h. die ärmsten Bevölkerungsschichten wurden durch die Budgetsanierung fast doppelt so stark belastet wie die reichsten. Auch hier bekommt man den Eindruck, dass man sich aussuchen kann, ob das bail-out-Programm fair oder unfair zwischen den irischen Bevölkerungsgruppen verteilt war. Man muss lediglich die „richtigen Daten“ zur Untermauerung der eigenen Bewertung finden.

Beispiel 3: Die Einkommensverteilung in Deutschland habe sich nach der Finanzkrise verbessert, liest man in diversen Publikationen, die den Gini-Koeffizienten als Einkommensmaß verwenden. Im Gegensatz dazu stellt der aktuelle Verteilungsbericht 2013 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) fest, dass sich gemäß dem Atkinson-Maß die deutsche Einkommensverteilung nicht verbessert, ja sogar verschlechtert habe.² Erneut scheint zu gelten, dass die Interpretation der Wirklichkeit, in diesem Fall die Frage, ob die Ungleichheit in Deutschland nach der Finanzkrise zu- oder abgenommen hat, beliebig ist. Man muss anscheinend nur das passende Verteilungsmaß wählen.

Das Problem liegt jedoch tiefer – und die vorgenannten Beispiele zeigen die Notwendigkeit, das Verwirrspiel von Zahlen, deren Interpretationen und den daraus abgeleiteten politischen Handlungsbedarf zu lösen.

Sind Zahlen Fakten?

Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa sei kein Problem, so konstatiert Daniel Gros, Direktor des Brussel Center for European Policy Studies am 6.6.2013.³ Griechische Jugendarbeitslosenraten von über 60 % basierten auf einer falschen Definition. Nur 9 % der griechischen Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren seien aktiv auf dem Arbeitsmarkt, der Rest sei noch in Ausbildung. Es ginge daher nur um 60 % von diesen 9 %, was einer Jugendarbeitslosigkeit von 6 %

aller Jugendlichen entspreche. Jugendarbeitslosigkeit, so Gros, sei daher in der Debatte überzeichnet und die Politik sei vor diesem Hintergrund gut beraten, weder Zeit noch Geld zu verschwenden für gesonderte Jugendarbeitslosigkeitsprogramme. Die Arbeitslosigkeit eines Familienvaters oder einer alleinstehenden Mutter sei gesellschaftlich das größere Problem als ein arbeitsloser Teenager, meint Gros.

Tatsache ist, dass zwei von drei griechischen Jugendlichen, die einen Job suchen, keinen finden, egal, wie viele Jugendliche insgesamt nun auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind. Das sind und bleiben gut 60 % der Jobsuchenden. Zudem flüchten viele junge Menschen in Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit in längere Ausbildung und ins Ausland. D. h. die geringe Anzahl von auf dem Arbeitsmarkt aktiv vorhandenen Jugendlichen kann auch eine Folge der Krise sein (und nicht, wie Gros unterstellt, eine vorgegebene Größe). Dies bedeutet, dass der Anteil der aktiv Arbeitssuchenden in Krisenzeiten und bei steigender Arbeitslosigkeit sinken wird. Damit würde Jugendarbeitslosigkeit nach Gros' Definition ein immer kleineres Problem – und zwar: umso kleiner, je größer die Krise ist. Eine solche Sicht auf die Welt verkennt, dass Jugendarbeitslosigkeit dramatische Langzeitfolgen hat. Nicht in die Arbeitswelt integriert zu werden, keine Zukunftsperspektiven entwickeln zu können, führt zu großen gesellschaftlichen Folgeproblemen. Daher sollte sich die Politik sehr wohl gezielt um diese Gruppe kümmern.

1 Donavan, P. (2013): Inequality in a time of crisis, Global Economics Research: UBS Investment Research, vom 9. Oktober (www.ubs.com/economics).

2 Unger, B./Bispinck, R./Pusch, T./Seils, E./Spannagel, D. (2013): WSI-Verteilungsbericht 2013. Trendwende noch nicht erreicht: WSI-Report vom 10. November (www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_10_2013.pdf).

3 Vgl. www.project-syndicate.oer.

Das Gebot methodischer und normativer Transparenz

Mit Zahlen zu operieren, verlangt ein Urteil – und vor allem einen Ausweis – darüber, was inkludiert und was exkludiert werden soll. Sollen die entmutigten griechischen Jugendlichen, die sich nicht arbeitslos melden, weil es ja ohnehin für sie keinen Job gibt, in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen oder aus dieser ausgeschlossen werden?

Sollen die Einkommen der verschiedenen irischen Einkommensgruppen um Inflation bereinigt oder sollen sie ohne Preisbereinigung verglichen werden? Und wenn man preisbereinigt: Soll die Kaufkraft der untersten Einkommenschichten mit einem anderen Warenkorb gemessen werden als jene der obersten Einkommenschichten oder mit demselben? Immerhin sind die Kartoffelpreise in Irland um 30 % gestiegen und die Energiepreise haben sich drastisch erhöht, wodurch der Warenkorb, den die Ärmsten konsumieren, deutlich höhere Preissteigerungen aufweist als jener der Reichsten. Das bail-out-Programm der EU hat in Irland die Kaufkraft der Ärmsten am stärksten geschwächt. Ist dies nicht doch ein Problem? Und zwar sowohl ein Problem Irlands als auch der EU, die die Preisbereinigung lieber unter den Tisch fallen lässt, um uns ein „Erfolgsbudgetsaniierungsmodell Irland“ zu suggerieren?

Sollen die Einkommen der Ärmsten einer Gesellschaft das gleiche Gewicht wie die mittleren und reichen Einkommen bekommen oder soll extreme Armut und Polarisierung stärker gewichtet werden? Misst man die Einkommensverteilung in Deutschland mit dem Gini-Koeffizienten mit verschiedenen Datenquellen, so ergibt sich doch ein recht einheitliches Bild: Die personelle Einkommensverteilung hat sich nach der Finanzkrise verbessert. Die Einkommensverteilung wird gemäß dieser Definition als kein virulentes Problem in Deutschland erachtet.

Die Schwäche des Gini-Koeffizienten jedoch ist es, dass er zwischen verschiedenen Formen und Verteilungen der Ungleichheit nicht unterscheiden kann. Der Gini-Koeffizient reagiert stark auf Veränderungen im mittleren Einkommensspektrum, aber wenig auf Veränderungen in den vor allem unteren Randgruppen. Gerade bei Einkommenspolarisierungen kann der Gini-Koeffizient daher oft irreführend sein. Mit dem Atkinson-Maß sozialer Ungleichheit hingegen können Veränderungen im unteren Einkommensbereich betont werden. Die Wohlfahrt der Ärmsten rückt damit stärker ins Blickfeld.

Im Vergleich zum Gini-Koeffizienten erlaubt dieses Maß, verschiedene Arten der Ungleichheit zu analysieren. Es erlaubt auch, normative Bewertungen von Ungleichheit explizit in die Analyse einfließen zu lassen. Wie der WSI-Verteilungsbericht 2013 zeigt (vgl. Fußnote 2), hat sich die Einkommensverteilung in Deutschland nur dann verbessert, wenn man den unteren Randgruppen überhaupt keine Beachtung schenkt. Durch die Finanzkrise haben die Reichsten kurzfristig Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, wodurch der Gini-Koeffizient für Deutschland mehr Gleichheit suggeriert. Die Einkommen der Ärmsten in Deutschland haben sich aber nicht verbessert. Kann man eine solche Gemengelage wirklich als eine Verbesserung der Einkommensverteilung in Deutschland bezeichnen? Sobald man einer fairen Einkommensverteilung ein, wenn auch noch so kleines Gewicht beimisst, zeigt das Atkinson-Maß keine Verbesserung der deutschen Einkommensverteilung. Wenn man „Fairness“ höher gewichtet, zeigt sich sogar eine Verschlechterung der deutschen Einkommensverteilung, denn der untere Rand der Einkommen sackt durch Minijobs und niedrige Renten ab.

Deutlich wird: Eine steigende Fülle an Daten erhöht die Möglichkeiten, die Wirklichkeit zu interpretieren. Aber politische Bewertungen – das wird bei Verteilungsfragen besonders deutlich – fußen auf der Beantwortung einer einfachen Frage: Wer soll was wofür bekommen? Hinter den „nüchternen Zahlen“, auf die man sich beruft, stehen normative Orientierungen.

Der inflationäre Bezug auf Daten, das Suggestieren von Sachlichkeit bei gleichzeitiger Verschleierung der normativen politischen Orientierungen, lässt zunehmend Zweifel an der Glaubwürdigkeit der sogenannten Experten und der Wissenschaft aufkommen. Welche Handlungsanleitungen an die Politik kann eine Wissenschaft geben, die sich nicht positioniert und hinter ihrem Datenmaterial versteckt? Es ist dringend geboten, dass statistische Auswertungen offenlegen, wie Grundgesamtheiten definiert, welche Variablen berücksichtigt und welche ausgeschlossen werden. Und vor allem ist es notwendig, transparent zu machen, warum man von anderen vorliegenden Ergebnissen abweicht, welche methodischen Differenzen dafür verantwortlich sind, anstatt Politik und Publikum weiter zu verwirren. Denn ansonsten werden wir nicht nur durch gefälschte Dissertationen unglaubwürdig, sondern auch durch eine willkürliche Interpretation der Daten, die

es versäumt, die wahren Motive unseres Tuns aufzuzeigen: nämlich normative Standpunkte, wie beispielsweise eine bestimmte Einkommens- und Vermögensverteilung, zu legitimieren. ■

AUTORIN

BRIGITTE UNGER, Prof. Dr., ist Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung und lehrt Public Sector Economics an der Universität Utrecht.

 brigitte-unger@boeckler.de